Ä194 Alle für eine, eine für alle: Demokratie

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND
Beschlussdatum: 15.11.2018

Änderungsantrag zu 3.4

Von Zeile 3 bis 5:
Repräsentative Demokratie weiter entwickeln
Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind. Die Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe Einflussnahme auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend reformieren, dass zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt wird. Zum anderen sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf die konkrete personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Wir wollen ~~eine Debatte über die Senkung des~~das Wahlalters auf kommunaler und Landesebene auf 14 Jahre ~~anstoßen~~senken. Damit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch während der Schulzeit stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte. Untersuchungen betonen, dass die Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen ist. Bürgermeister*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir parallel zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren. Stichwahlen und Mindestquoren wollen wir abschaffen und stattdessen ein Rangfolgeverfahren einführen.

Begründung

Jugendliche müssen heute oft schon mit 14 oder 15 Jahren prägende Entscheidungen treffen - wie zum Beispiel, was sie für eine Ausbildung machen wollen, also welchen Beruf sie ihr lebenlang ausführen wollen. Wir trauen ihnen aber nicht zu, mit zu entscheiden, wer sich in der Gemeindevertretung für ihre Interessen einsetzen soll. Dabei sind junge Menschen oft viel politischer, als man so denkt. Bei uns arbeiten teils 14 Jährige auf einer Augenhöhe mit Mitte 20 Jährigen zusammen. Lasst uns den jungen Menschen in Brandenburg früher die Möglichkeit geben, an unserer politischen Gesellschaft aktiv teilzuhaben und ihnen nicht den Zugang zur Wahl weiterhin verwehren.